

Nr. 1 Sitzung des Stadtrates in Monheim

Am Dienstag, den 16.12.2025 um 18.15 Uhr findet im großen Sitzungssaal im Rathaus Monheim die Sitzung des Stadtrates Monheim statt.
Vorab findet eine nichtöffentliche Sitzung statt. Die öffentliche Sitzung beginnt um 19.00 Uhr.

Tagesordnung:

2. Mitteilungen
3. Bekanntgaben aus nichtöffentlicher Sitzung

4. Bebauungsplan „Am Altweiherweg - 1. Änderung und Erweiterung“, Gmk. Monheim;
Behandlung der während der Bürger- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB

4.1 Abwägungsbeschluss zum Bebauungsplan „Am Altweiherweg - 1. Änderung und Erweiterung“, Gmk. Monheim

4.2 Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan „Am Altweiherweg - 1. Änderung und Erweiterung“, Gmk. Monheim

5. Industriegebiet „Südlich der Wemdinger Straße II“ - Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans „Südlich der Wemdinger Straße II“ - Aufstellungsbeschluss mit Freigabe der Entwurfsplanung

6. Jahresrückblick

7. Fragen an den Ersten Bürgermeister aus dem Stadtrat

8. Nachträglich eingegangene Tagesordnungspunkte

anschließend nichtöffentliche Sitzung

Nr. 2 Jahreshauptversammlung der Jagdgenossenschaft Warching

Am Montag, den 05.01.2026 um 19.30 Uhr findet im Gasthaus Sprater die Jahreshauptversammlung der Jagdgenossenschaft Warching statt.

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Bericht des Schriftführers
3. Bericht des Kassenverwalters
4. Bericht des Kassenprüfers, Entlastung der Vorstandshaft

5. Bericht des Jagdvorstehers

6. Verwendung des Jagdschillings

7. Wünsche und Anträge

Hierzu sind alle Jagdgenossen herzlich eingeladen.

Die Vorstandshaft

Nr. 3 Erdaushubdeponie in Monheim

Die Erdaushubdeponie ist nach vorheriger Vereinbarung mit dem Deponiewart, Tel.: 0151/12993033 von Montag bis Freitag geöffnet.

Anmeldungen am Vortag!

Ab 13.12.2025 ist die Erdaushubdeponie bis auf Weiteres geschlossen.

Nr. 4 Recyclinghof und Grünabfallsammelplatz Monheim

Der Recyclinghof mit Grünabfallsammelplatz an der Nürnberger Straße ist von Dezember bis Februar am Samstag von 09.00 – 13.00 Uhr geöffnet.

Wir bitten um Beachtung!

Es werden sowohl Sperrmüll als auch Kühlgeräte angenommen. Die dafür anfallenden Gebühren sind sofort zu entrichten.

Nähre Informationen erhalten Sie auch unter

www.awv-nordschwaben.de.

Günther Pfefferer

Erster Bürgermeister

Verwaltungsgemeinschaft Monheim (Stadt Monheim sowie die Gemeinden Buchdorf, Daiting, Rögl und Tagmersheim)

A) GEMEINDE DAITING

Nr. 1 Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Daiting (BGS-EWS) vom 02.12.2025

Aufgrund der Art. 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes -KAG- (BayRS 2024-1-I) erlässt die Gemeinde Daiting folgende

Satzung

§ 1 Beitragserhebung

Die Gemeinde erhebt zur Deckung ihres Aufwandes für die Herstellung der Entwässerungseinrichtung für das Gebiet der Gemeinde Daiting einen Beitrag mit Ausnahme der Fl.-Nr. 1507, Gemarkung Daiting.

§ 2 Beitragstatbestand

Der Beitrag wird für bebaute, bebaubare oder gewerblich genutzte oder gewerblich nutzbare sowie für solche Grundstücke und bestehende Flächen erhoben, auf denen Abwasser anfällt, wenn

1. für sie nach § 4 EWS ein Recht zum Anschluss an die Entwässerungseinrichtung besteht,
2. sie an die Entwässerungseinrichtung tatsächlich angeschlossen sind, oder
3. sie aufgrund einer Sondervereinbarung nach § 7 EWS an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen werden.

§ 3 Entstehen der Beitragsschuld

- (1) Die Beitragsschuld entsteht im Falle des
 1. § 2 Nr. 1, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen werden kann,
 2. § 2 Nr. 2, sobald das Grundstück an die Entwässerungseinrichtung angeschlossen ist, oder
 3. § 2 Nr. 3 mit Abschluss der Sondervereinbarung.

Wenn der in Satz 1 genannte Zeitpunkt vor dem Inkrafttreten dieser Satzung liegt, entsteht die Beitragsschuld erst mit Inkrafttreten dieser Satzung.

(2) Wird eine Veränderung der Fläche, der Bebauung oder der Nutzung des Grundstücks vorgenommen, die beitragsrechtliche Auswirkungen hat, entsteht die Beitragsschuld mit dem Abschluss der Maßnahme.

§ 4 Beitragsschuldner

Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragsschuld Eigentümer des Grundstücks oder Erbbaurechtiger ist.

§ 5 Beitragssmaßstab

(1) Der Beitrag wird nach der Grundstücksfläche und der Geschossfläche der vorhandenen Gebäude berechnet.

(2) Die beitragspflichtige Grundstücksfläche wird bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten von mindestens 2.500 m² Fläche (übergroße Grundstücke) auf das dreifache der beitragspflichtigen Geschossfläche, mindestens jedoch 2.500 m² begrenzt.

(3) Die Geschossfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Geschossen zu ermitteln. Keller werden mit der vollen Fläche herangezogen. Dachgeschosse werden nur herangezogen, soweit sie ausgebaut sind. Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Schmutzwasserableitung auslösen oder die an die Schmutzwasserableitung nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht zum Geschossflächenbeitrag herangezogen. Das gilt nicht für Gebäude oder selbständige Gebäudeteile,

die tatsächlich eine Schmutzwasserableitung haben. Balkone, Loggien und Terrassen bleiben außer Ansatz, wenn und soweit sie über die Gebäudefluchtlinie hinausragen.

(4) Bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, wird als Geschossfläche ein Viertel der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht; das gleiche gilt, wenn auf einem Grundstück die zulässige Bebauung im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung nur untergeordnete Bedeutung hat.

(5) Bei sonstigen unbebauten Grundstücken ist ein Viertel der Grundstücksfläche als Geschossfläche anzusetzen.

(6) Bei Grundstücken, bei denen sich nur Gebäude befinden, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Schmutzwasserableitung nicht angeschlossen werden dürfen, wird der Beitrag nur nach der Grundstücksfläche berechnet. Das gilt nicht, wenn das Gebäude tatsächlich an die Schmutzwasserableitung angeschlossen ist. Für die Berechnung der Grundstücksfläche für Grundstücke i. S. d. Satzes 1 ist Abs. 2 anzuwenden.

(7) Wird ein Grundstück vergrößert und wurden für diese Flächen noch keine Beiträge geleistet, so entsteht die Beitragspflicht auch hierfür. In den Fällen der Grundstücksflächenbegrenzung findet bei einer weitergreifenden Bebauung oder einer späteren Grundstücksteilung eine Neuberechnung der beitragspflichtigen Grundstücksfläche nach § 5 Abs. 1 statt; die zusätzlich beitragspflichtige Mehrfläche des Grundstückes wird zusammen mit dem Geschossflächenbeitrag nacherhoben. Gleichermaßen gilt im Falle der Geschossflächenvergrößerung für die zusätzlich geschaffenen Geschossflächen. Gleichermaßen gilt für alle sonstigen Veränderungen, die nach Abs. 2 für die Beitragsberechnung von Bedeutung sind oder wenn auf einem Grundstück nach Abs. 5 eine beitragspflichtige Geschossfläche geschaffen wird.

(8) Wird ein unbebautes Grundstück, für das ein Beitrag nach Absatz 3 oder Absatz 4 festgesetzt worden ist, später bebaut, so wird der Beitrag nach Absatz 1 neu berechnet. Dem so ermittelten Betrag ist der Betrag gegenüberzustellen, der sich im Zeitpunkt des Entstehens der neu zu berechnenden Beitragschuld (§ 3 Abs. 2) bei Ansatz 4 oder Absatz 5 berücksichtigten Geschossfläche ergeben würde. Der Unterschiedsbetrag ist nach zu entrichten. Ergibt die Gegenüberstellung eine Überzahlung, so ist für die Berechnung des Erstattungsbetrages auf den Beitragsatz abzustellen, nach dem der ursprüngliche Beitrag entrichtet wurde.

(9) Die Grundgebühr wird nach dem Dauerdurchfluss (Q3) oder nach dem Nenndurchfluss (Qn) der verwendeten Wasserzähler berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück nicht nur vorübergehend mehrere Wasseranschlüsse, so wird die Grundgebühr nach der Summe des Dauerdurchflusses oder nach der Summe des Nenndurchflusses der einzelnen Wasserzähler berechnet. Soweit Wasserzähler nicht eingebaut sind, wird der Dauer- bzw. Nenndurchfluss geschätzt, der nötig wäre, um die mögliche Wasserentnahme messen zu können.

(10) Die Grundgebühr beträgt bei der Verwendung von Wasserzählern mit Dauerdurchfluss (Q3) oder mit Nenndurchfluss (Qn): Dauerdurchfluss (Q3) bis 4 m³/h Nenndurchfluss (Qn) bis 2,5 m³/h 36,00 €/Jahr

Dauerdurchfluss (Q3) bis 16 m³/h Nenndurchfluss (Qn) bis 10 m³/h 48,00 €/Jahr

Dauerdurchfluss (Q3) über 16 m³/h Nenndurchfluss (Qn) über 10 m³/h 66,00 €/Jahr

§ 6 Beitragssatz

Der Beitrag beträgt

- a) pro m² Grundstücksfläche 1,40 €
- b) pro m² Geschossfläche 16,55 €

§ 7 Fälligkeit

Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.

§ 8 Ablösung des Beitrags

Der Beitrag kann vor dem Entstehen der Beitragspflicht abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Beitrags. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 9 Kosten für

Grundstücksanschlüsse

(1) Die Kosten für Veränderungen des Grundstücksanschlusses, die vom Grundstückseigentümer veranlasst werden, sind in der jeweils tatsächlichen Höhe zu erstatten. Ebenso die Kosten

für einen zweiten oder weiteren Grundstückshausanschluss.

(2) Bei Grundstücksanschlüssen, die besonderer Aufwendungen bedürfen, kann die Gemeinde eine besondere Kostenvereinbarung gewählt werden.

(3) Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme. Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Erstattungsanspruchs Eigentümer des Grundstücks oder Erbbaurechtiger ist. Der Erstattungsanspruch wird einen Monat nach Zustellung des Erstattungsbescheids fällig.

§ 10 Gebührenerhebung

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung der Entwässerungseinrichtung Einleitungsgebühren, Grundgebühren sowie im gesamten Gemeindegebiet für die Einrichtung und den Betrieb von geeichten Zweitwasserzählern zum Zwecke des Nachweises auf dem Grundstück zurückgehaltener und zusätzlich neben dem Frischwassermaßstab eingelegter Abwassermengen Betriebsgebühren.

§ 10 a Grundtarife für Zweitwasserzähler

Wird ein geeichter Zweitwasserzähler gemäß § 14 a der Entwässerungssatzung zur Verfügung gestellt, so beträgt die jährliche Betriebsgebühr für Einbau, Austausch und Verwaltungskosten:

Dauerdurchfluss (Q3) bis 10 m³/h

Nenndurchfluss (Qn) bis 6 m³/h

15,00 €/Jahr

Dauerdurchfluss (Q3) bis 16 m³/h

Nenndurchfluss (Qn) bis 10 m³/h

24,00 €/Jahr

§ 10 b Grundgebühr

(1) Die Grundgebühr wird nach dem Dauerdurchfluss (Q3) oder nach dem Nenndurchfluss (Qn) der verwendeten Wasserzähler berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück nicht nur vorübergehend mehrere Wasseranschlüsse, so wird die Grundgebühr nach der Summe des Dauerdurchflusses oder nach der Summe des Nenndurchflusses der einzelnen Wasserzähler berechnet. Soweit Wasserzähler nicht eingebaut sind, wird der Dauer- bzw. Nenndurchfluss geschätzt, der nötig wäre, um die mögliche Wasserentnahme messen zu können.

(2) Die Grundgebühr beträgt bei der Verwendung von Wasserzählern mit Dauerdurchfluss (Q3) oder mit Nenndurchfluss (Qn): Dauerdurchfluss (Q3) bis 4 m³/h Nenndurchfluss (Qn) bis 2,5 m³/h 36,00 €/Jahr

Dauerdurchfluss (Q3) bis 16 m³/h Nenndurchfluss (Qn) bis 10 m³/h

48,00 €/Jahr

Dauerdurchfluss (Q3) über 16 m³/h Nenndurchfluss (Qn) über 10 m³/h

66,00 €/Jahr

§ 11 Einleitungsgebühr

(1) Die Einleitungsgebühr wird nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze nach der Menge der Abwasser berechnet, die der Entwässerungseinrichtung von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt werden.

Die Gebühr beträgt 3,48 € pro Kubikmeter Abwasser.

(2) Als Abwassermenge gelten die dem Grundstück aus der Wasserversorgungseinrichtung und aus der Eigengewinnungsanlage zugeführten Wassermengen abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen, soweit der Abzug nicht nach Abs. 3 ausgeschlossen ist. Der Nachweis der verbrauchten und der zurückgehaltenen Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen und ist grundsätzlich durch den Einbau geeichter Messvorrichtungen zu erbringen. Dies gilt auch für aus Eigengewinnungsanlagen dem Grundstück zugeführte Wassermengen, sofern nicht vom Ei-

gentümer oder dingl. Berechtigten eine Pauschalabrechnung mit 10 % Zuschlag auf die aus der Wasserversorgungseinrichtung zugeführte Wassermenge gewählt wird.

Diese Messvorrichtungen sind auf Kosten des Grundstückseigentümers oder sonst dinglich Berechtigten zu beschaffen, einzubauen, zu unterhalten, abzulesen und mit Eichpflicht auszutauschen. Auch sonstige Nachweise sind auf Kosten des Gebührenpflichtigen zu erbringen. Zudem ist zu gewährleisten, dass nur zu dem begünstigten Zweck Wasser entnommen werden kann.

Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung gilt für jedes Stück Großvieh eine Wassermenge von

§ 4 Beitragsschuldner

Beitragsschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Beitragschuld Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist.

§ 5 Beitragsmaßstab

- (1) Der Beitrag wird nach der Grundstücksfläche und der Geschossfläche der vorhandenen Gebäude berechnet. Die beitragspflichtige Grundstücksfläche wird bei Grundstücken in unbeplanten Gebieten von mindestens 2.000 m² Fläche (übergroße Grundstücke) auf das Dreifache der beitragspflichtigen Geschossfläche, mindestens jedoch 2.000 m² begrenzt.
- (2) Die Geschossfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Geschossen zu ermitteln. Keller werden mit der vollen Fläche herangezogen. Dachgeschosse werden nur herangezogen, soweit sie ausgebaut sind. Gebäude oder selbständige Gebäudeteile, die nach der Art ihrer Nutzung keinen Bedarf nach Anschluss an die Schmutzwasserableitung auslösen oder die an die Schmutzwasserableitung nicht angeschlossen werden dürfen, werden nicht zum Beitrag herangezogen; das gilt nicht für Gebäude oder Gebäudeteile, die tatsächlich eine Schmutzwasserableitung haben. Balkone, Loggien und Terrassen bleiben außer Ansatz, wenn und soweit sie über die Gebäudefluchtlinie hinausragen.
- (3) Bei Grundstücken, für die eine gewerbliche Nutzung ohne Bebauung zulässig ist, wird als Geschossfläche ein Viertel der Grundstücksfläche in Ansatz gebracht; das gleiche gilt, wenn auf einem Grundstück die zulässige Bebauung im Verhältnis zur gewerblichen Nutzung nur untergeordnete Bedeutung hat.
- (4) Bei sonstigen unbebauten Grundstücken ist ein Viertel der Grundstücksfläche als Geschossfläche anzusetzen.
- (5) Wird ein Grundstück vergrößert und wurden für diese Flächen noch keine Beiträge geleistet, so entsteht die Beitragspflicht auch hierfür. Gleiches gilt im Falle der Geschossflächenvergrößerung für die zusätzlich geschaffenen
- Geschossflächen, sowie im Falle des Absatzes 1 Satz 2 für die sich aus ihrer Vervielfachung errechnende Grundstücksfläche. Gleiches gilt auch für alle sonstigen Veränderungen, die nach Absatz 2 für die Beitragsbemessung von Bedeutung sind.
- (6) Wird ein unbebautes Grundstück, für das ein Beitrag nach Absatz 3 oder Absatz 4 festgesetzt worden ist, später bebaut, so wird der Beitrag nach Absatz 1 neu berechnet. Dem so ermittelten Betrag ist der Betrag gegenüberzustellen, der sich im Zeitpunkt des Entstehens der neu zu berechnenden Beitragschuld (§ 3 Abs. 2) bei Ansatz der nach Absatz 3 oder Absatz 4 berücksichtigten Geschossfläche ergeben würde. Der Unterschiedsbetrag ist nachzuentrichten.
- ## § 6 Beitragssatz
- Der Beitrag beträgt
- a) pro m² Grundstücksfläche 0,83 €
- b) pro m² Geschossfläche 13,60 €
- ## § 7 Fälligkeit
- Der Beitrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Beitragsbescheides fällig.
- ## § 7a Kosten für Grundstücksanschlüsse
- (1) Die Kosten für Veränderungen des Grundstücksanschlusses, die vom Grundstückseigentümer veranlasst werden, sind in der jeweils tatsächlichen Höhe zu erstatten. Ebenso die Kosten für einen zweiten oder weiteren Grundstückshausanschluss.
- (2) Bei Grundstücksanschlüssen, die besonderer Aufwendungen bedürfen, kann die Gemeinde eine besondere Kostenvereinbarung verlangen.
- (3) Der Erstattungsanspruch entsteht mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme. Schuldner ist, wer im Zeitpunkt des Erstattungsanspruchs Eigentümer des Grundstücks oder Erbbauberechtigter ist. Der Erstattungsanspruch wird einen Monat nach Bekanntgabe des Erstattungsbescheides fällig.
- ## § 8 Ablösung des Beitrags
- Der Beitrag kann vor dem Entstehen der Beitragspflicht abgelöst

werden. Der Ablösbetrag richtet sich nach der voraussichtlichen Höhe des Beitrags. Ein Rechtsanspruch auf Ablösung besteht nicht.

§ 9 Gebührenerhebung

Die Gemeinde erhebt für die Benutzung der Entwässerungseinrichtung Einleitungsgebühren, Grundgebühren sowie im gesamten Gemeindegebiet für die Einrichtung und den Betrieb von geeichten Zweitwasserzählern zum Zwecke des Nachweises auf dem Grundstück zurückgehaltener und zusätzlich neben dem Frischwassermäßstab eingeleiteter Abwassermengen Betriebsgebühren.

§ 9 a Grundtarife für Zweitwasserzähler

Wird ein geeichter Zweitwasserzähler gemäß § 14 a der Entwässerungssatzung zur Verfügung gestellt, so beträgt die jährliche Betriebsgebühr für Einbau, Austausch und Verwaltungskosten 15,00 € für die Zählergrößen QN 2,5 und 6; für die Zählergröße QN 10 24,00 €.

§ 9 b Grundgebühr

(1) Die Grundgebühr wird nach dem Nenndurchfluss (Dauerdurchfluss) der verwendeten Wasserzähler berechnet. Befinden sich auf einem Grundstück nicht nur vorübergehend mehrere Wasseranschlüsse, so wird die Grundgebühr nach der Summe des Nenndurchflusses (Dauerdurchfluss) der einzelnen Wasserzähler berechnet. Soweit Wasserzähler nicht eingebaut sind, wird der Nenndurchfluss (Dauerdurchfluss) geschätzt, der nötig wäre, um die mögliche Wasseraufnahme messen zu können.

(2) Die Grundgebühr beträgt bei der Verwendung von Wasserzählern mit Nenndurchfluss (Q3) bis 4 m³/h 36,00 €/Jahr
bis 16 m³/h 48,00 €/Jahr
über 16 m³/h 66,00 €/Jahr

(3) Die Grundgebühr beträgt bei der Verwendung von Wasserzählern mit Dauerdurchfluss (Qn) bis 2,5 m³/h 36,00 €/Jahr
bis 10 m³/h 48,00 €/Jahr
über 10 m³/h 66,00 €/Jahr

§ 10 Einleitungsgebühr

(1) Die Einleitungsgebühr wird nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze nach der Menge der Abwässer berechnet, die der

Entwässerungseinrichtung von den angeschlossenen Grundstücken zugeführt werden. Die Gebühr beträgt 4,23 € pro Kubikmeter Abwasser.

- (2) Als Abwassermenge gelten die dem Grundstück aus der Wasserversorgungseinrichtung und aus der Eigengewinnungsanlage zugeführten Wassermengen abzüglich der nachweislich auf dem Grundstück verbrauchten oder zurückgehaltenen Wassermengen, soweit der Abzug nicht nach Abs. 3 ausgeschlossen ist. Es steht dem Gebührenpflichtigen frei, den Nachweis eines niedrigeren Wasserverbrauchs zu führen. Der Nachweis der verbrauchten und der zurückgehaltenen Wassermengen obliegt dem Gebührenpflichtigen und ist grundsätzlich durch den Einbau geeichter Messvorrichtungen zu erbringen. Dies gilt auch für aus Eigengewinnungsanlagen dem Grundstück zugeführte Wassermengen, soweit nicht vom Eigentümer oder dinglich Berechtigten eine Pauschalabrechnung mit 10 % Zuschlag auf die aus der Wasserversorgungseinrichtung zugeführte Wassermenge gewählt wird. Diese Messvorrichtungen sind auf Kosten des Grundstückseigentümers oder sonst dinglich Berechtigten zu beschaffen, einzubauen, zu unterhalten, abzulesen und mit Eichpflicht auszutauschen. Auch sonstige Nachweise sind auf Kosten des Gebührenpflichtigen zu erbringen. Zudem ist zu gewährleisten, dass nur zu dem begünstigten Zweck Wasser entnommen werden kann.
- Bei landwirtschaftlichen Betrieben mit Großviehhaltung gilt für jedes Stück Großvieh eine Wassermenge von 18 m³/Jahr als nachgewiesen. Maßgebend ist die im Vorjahr am 01. Dezember durchschnittlich gehaltene Viehzahl. Die Viehzahl gilt als nachgewiesen, wenn der Bescheid der Tierseuchenkasse vorgelegt wird. Die Wassermengen werden durch Wasserzähler ermittelt. Sie sind von der Gemeinde zu schätzen, wenn

1. ein Wasserzähler nicht vor-

handen ist, oder

2. der Zutritt zum Wasserzähler oder dessen Ablesung nicht ermöglicht wird, oder
3. sich konkrete Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Wasserzähler den wirklichen Wasserverbrauch nicht angibt.
- (3) Vom Abzug nach Absatz 2 sind ausgeschlossen
- das hauswirtschaftlich genutzte Wasser,
 - das zur Speisung von Heizungsanlagen verbrauchte Wasser.

- (4) Ergibt sich durch den Abzug von absetzbarer Wassermenge eine Abwassermenge von weniger als 30 m³ pro Person und Jahr, so errechnet sich die Einleitungsgebühr nach Abs. 2 aus 30 m³ pro Bewohner (Hauptwohnsitz) des angeschlossenen Grundstücks, Stichtag ist der 1. Januar des Abrechnungsjahres. Sollte bei dieser Regelung der tatsächliche Wasserverbrauch geringer sein als die berechnete Abwassermenge, so wird nach dem tatsächlichen Verbrauch abgerechnet.

§ 11 Gebührenzuschläge

Für Abwässer, deren Beseitigung einschließlich der Klärschlammbe seitigung (Beseitigung) Kosten verursacht, die die durchschnittlichen Kosten der Beseitigung von Hausabwasser um mehr als 30 v. H. (Grenzwert) übersteigen, wird ein Zuschlag in Höhe des den Grenzwert übersteigenden Prozentsatzes des Kubikmeterpreises erhoben.

§ 12 Gebührenabschläge

Wird vor Einleitung der Abwässer in die Entwässerungseinrichtung eine Voklärung oder sonstige Vorbehandlung der Abwässer auf dem Grundstück verlangt, so ermäßigen sich die Einleitungsgebühren um die Hälfte. Das gilt nicht für Grundstücke mit gewerblichen oder sonstigen Betrieben, bei denen die Voklärung oder Vorbehandlung lediglich bewirkt, dass die Abwässer dem durchschnittlichen Verschmutzungsgrad oder der üblichen Verschmutzungsart der eingeleiteten Abwässer entsprechen.

§ 13 Entstehen der Gebührenschuld

- Die Einleitungsgebühr entsteht

mit jeder Einleitung von Abwasser in die Entwässerungseinrichtung.

- (2) Die Betriebsgebühr für Zweitwasserzähler nach § 9 entsteht erstmals mit dem Monat, der auf den Zeitpunkt des betriebsfertigen Einbaus des Zweitwasserzählers folgt. Die Gemeinde teilt dem Gebührenschuldner diesen Tag schriftlich mit.

§ 14 Gebührenschuldner

Gebührenschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschuld Eigentümer des Grundstücks oder ähnlich zur Nutzung des Grundstücks dinglich berechtigt ist. Gebührenschuldner ist auch der Inhaber eines auf dem Grundstück befindlichen Betriebes. Mehrere Gebührenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 15 Abrechnung, Fälligkeit, Vorauszahlung

- (1) Die Einleitung wird jährlich abgerechnet. Die Einleitungsgebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

- (2) Auf die Gebührenschuld sind zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. jeden Jahres Vorauszahlungen in Höhe eines Viertels der Jahresabrechnung des Vorjahres zu leisten. Fehlt eine solche Vorausabrechnung, so setzt die Gemeinde die Höhe der Vorauszahlungen unter Schätzung der Jahresgesamteinleitung fest.

§ 16 Pflichten der Beitrags- und Gebührenschuldner

Die Beitrags- und Gebührenschuldner sind verpflichtet, der Gemeinde für die Höhe der Schuld maßgebliche Veränderungen unverzüglich zu melden und über den Umfang dieser Veränderungen - auf Verlangen auch unter Vorlage entsprechender Unterlagen - Auskunft zu erteilen.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 29.06.2004 mit sämtlichen Änderungssatzungen außer Kraft.

Röglings, 03.12.2025

GEMEINDE

Auerhammer

Erster Bürgermeister